Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

Morgenblatt. Donnerstag den 10. April 1856. Nr. 167.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berliner Börse vom 9. April. Staatsschuld-Scheine 86½ G. Prämien-Anl. 113¾ G. Ludwigshaf.-Berbach 161 B. Köln-Minden 175 B Alte Freiburger 171 G. Neue Freiburger 164 G.? Friedr.-Wilh.-Nordbahn 61¾ G. Mecklenb. 55¼ B. Oberschlesische Litt. A. 210½ B. Oberschlesische Litt. B. 180 G. Alte Wilhelmsbahn 228 G. Neue Wilhelmsbahn 189 B. Rheinische Aktien 120½ G. Darmstädter, alte, 140 G. Darmstädter, neue, 120 G. Darmstädter Zettelbank 108½ G. Geraer Bank-Aktien 108½ G. Dessauer Bank-Aktien 106½ G. Oesterreichische Credit-Aktien 169 B. Oesterreichische National-Anleihe 88⅜ G. Wien 2 Monate —. London von Wien —. Fest, auch Banken steigend.

Berlin, 9. April. Roggen bei großen Schwankungen matt schließend; pr. April-Mai 65½ Thlr., Mai-Juni 65½ Thlr., Juni-Juli 63 Thlr., Juli-August 61 Thlr.; gekündigt 200 Wispel.

Spiritus gleiche Tendenz; loco 26¼ Thlr., April 25½ Thlr., April-Mai 25½ Thlr., Mai-Juni 25½ Thlr., Juni-Juli 26 Thlr., Juli-August 26¼ Thlr.: gekündigt 40,000 Quart.

Rüböl pr. Frühjahr 17¼ Thlr., pr. Herbst 13⅚ Thlr. — Fonds fest.

Telegraphische Nachrichten.

London, 7. April. Die „Times" meldet, der geheime Rath werde in seiner Dinstagssitzung die bestehenden Beschränkungen in Bezug auf die Handelsbeziehungen zu Rußland aufheben.

Die gestern Abend in Liverpool angelangte Arabia hat die Post aus New-York und Nachrichten von dort bis zum 27. März mitgebracht. Clayton, der mit Bulwer den Vertrag über Central-Amerika abgeschlossen hat, der die Veranlassung zu dem englisch-amerikanischen Streite gegeben, hatte sich im Senate in dem Sinne ausgesprochen, daß ein Krieg mit England eine Unmöglichkeit sei.

London, 8. April. Die „Morning Post" bestätigt die Angabe der „Opinione", daß Rußland und die Türkei künftig jedes nicht mehr als zehn Schiffe im schwarzen Meere halten dürfen. Indeß hätte die Türkei das Recht, eine große Flotte in den Gewässern von Konstantinopel und im Marmorameere zu halten.

Ferner sei die Anwesenheit englischer Konsuln in russischen Häfen garantirt. Lord Clarendon wird in etwa zehn Tagen nach England zurückkehren, da die außerordentlichen Bevollmächtigten fast sämmtlich Paris verlassen. Die verschiedenen Mächte werden sich auch später durch Gesandte und besondere Minister vertreten lassen.

Genua, 6. April. Der Graf von Chambord ist hier eingetroffen. — Monsignore Charvaz soll dem Vernehmen nach zum Erzbischof von Turin, Monsignore Gentile von Genua designirt sein. Franzoni werde, heißt es in piemontesischen Blättern weiter, zum Kardinal ernannt werden und sich nach Rom begeben. — In Neapel ist mit königl. Dekret der Posten eines Präsidenten der Revisionsjunta für auswärtige Druckschriften errichtet und Don J. Barbati dazu ernannt worden.

Florenz, 6. April. Ein Uebereinkommen ist mit der königl. neapolitanischen Regierung wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern abgeschlossen worden.

Neapel, 4. April. Wegen des im Oriente herrschenden Typhusübels werden Provenienzen vom Marmorameere, vom Bosporus und vom schwarzen Meere einer zehntägigen Kontumaz, von den übrigen Levantehäfen, von Malta und Griechenland einer siebentägigen Beobachtung unterzogen werden.

Rom, 4. April. Gestern wurde in der Sixtinischen Kapelle ein Hochamt wegen Unterzeichnung des Friedens-Vertrages gelesen. — Die Ausfuhr von Mais, Reis und Hülsenfrüchten aus dem Kirchenstaate wurde zollfrei bis Ende Juli d. J. gestattet.

Breslau, 9. April. [Zur Situation.] In Nr. 166 d. Z. haben wir unsern Lesern das Manifest mitgetheilt, durch welches Kaiser Alexander II. seinen Völkern den Friedensschluß bekannt giebt.

Die Abfassung dieses Aktenstücks war keine kleine Aufgabe, wenn man bedenkt, wie lebhaft man nicht allein das Nationalgefühl, sondern auch den Fanatismus angestachelt hatte, und welche Verheißungen Angesichts der Nation gegeben worden waren; aber die Aufgabe ist mit vollendeter Kunst gelöst worden.

Durch eine kleine Vertauschung der Begriffe, indem man nämlich die russische Prätension eines direkten Protektorats über die griechische Kirche, welche die Veranlassung des Kampfes war, mit dem Anspruch der Christen in der Türkei auf politische Gleichberechtigung, welche der Hat Humayun bewilligt, verwechselt und sich anstellt, in diesem Erlaß das Zugeständniß jenes Ansinnens erhalten zu haben, kann das Manifest im Siegestone erklären: „Russen! Eure Mühen und eure Opfer waren nicht vergeblich. Das große Werk ist vollendet, wenn auch auf andern, nicht vorher gesehenen Wegen u. s. w."

Indeß wenn wir in der geschickten Gruppirung und Deutung der Thatsachen nur die stylistische Kunst des Abfassens zu bewundern haben, dürfte die Hinweisung auf die Resultate, welche der Friede mit sich bringen werde, dem Manifest den Werth eines Programms der Zukunft Rußlands geben, womit die Völker dieses unermeßlichen Reiches ebenso sehr einverstanden sein dürften, als die Civilisation selbst mit ihm einen Sieg erfochten hätte, so daß der dem Kampfe westmächtlich — angedichtete Charakter denn auch eine Wahrheit geworden wäre, wenn freilich auch „auf andern nicht vorgesehenen Wegen."

Indem der Kaiser nämlich auf die zu erwartenden Vortheile des Friedens hinweist, zählt er die Bedingungen auf, unter welchen sie erworben werden können', allerdings in der Form von Wünschen — aber das ändert wohl nichts in der Sache, oder vielmehr es ändert sehr viel, indem abstrakten Forderungen der Humanität der Stempel der kaiserlichen Billigung aufgedrückt wird. Der Kaiser aber sagt:

„Mit Hilfe der himmlischen Vorsehung, welche Rußland stets gesegnet hat, möge sein inneres Gedeihen sich befestigen und vervollkommnen, Gerechtigkeit und Milde mögen in seinen Gerichten walten, und überall und mit neuer Kraft möge sich das Streben nach Aufklärung und nach jeder nützlichen Thätigkeit entfalten, und Jeder möge unter dem Schirme der Gesetze, die für Alle gleich gemacht sind und Alle gleich schützen, in Frieden der Frucht seiner Arbeit sich erfreuen."

Während übrigens aller Orten die Thatsache des Friedensschlusses mit Jubel gefeiert wird, sind die Bedingungen des Friedens noch Geheimniß. Nur die in Turin erscheinende „Opinione" und das „Journal des Debats" wollen dasselbe erlauscht haben.

Ersterer zu Folge wären die Bedingungen in nachstehenden Artikeln enthalten: 1) Neutralisation des schwarzen Meeres. Rußland darf in demselben nur zehn bewaffnete Kriegsfahrzeuge zur Vertheidigung der Küste unterhalten. 2) Nikolajeff wird Handelshafen und Rußland verpflichtet sich, darin nur die bewilligte Anzahl von Kriegsschiffen errichten zu lassen. 3) Rußland wird in den Häfen des schwarzen Meeres und der Ostsee Konsuln aller Mächte annehmen. 4) Bomarsund wird nicht wieder aufgebaut. 5) Rußland tritt einen Theil von Bessarabien mit der Festung Ismail ab. 6) Es entsagt dem ausschließlichen Protektorat der Donaufürstenthümer. 7) Es entsagt gleichfalls dem Schutzrecht über die Griechen des türkischen Reichs. 8) Die freie Donauschifffahrt ist allen Staaten ohne Ausnahme verbürgt. 9) Eine Kommission wird sich in die Donaufürstenthümer begeben, um die öffentliche Meinung, die Bedürfnisse des Landes und die Grenzen von Bessarabien zu erforschen; diese Kommission wird später ihren Bericht erstatten und der Kongreß darüber berathschlagen. Die hauptsächlichen Grundlagen sind aber schon festgesetzt. Der Kongreß ist nicht aufgelöst; er setzt seine Debatte und Berathschlagungen fort. Man glaubt, daß in diesen Diskussionen auch die italienische Frage figurire. — In dem Vertrage befindet sich keine Spezialbedingung für Sardinien, welches mit in die italienische Frage einbegriffen ist. Die Nachricht der „Times" über eine Sardinien günstige Bedingung ist daher ungegründet.

Das „Journal des Debats" enthält eine Reihe weiterer Aufschlüsse über den Inhalt des Friedensvertrages. Was die Neutralisation des schwarzen und azowschen Meeres angeht, so haben darnach die russischen Bevollmächtigten keine weiteren Schwierigkeiten erhoben, nachdem der bekannte Auslegungsversuch des Grafen Nesselrode in Betreff Nikolajeffs bereits in Wien gescheitert war. Man ist nach reiferer Erwägung nicht darauf zurück gekommen, daß die Bestimmung in Betreff des Militärarsenals zu Nikolajeff und der Marine-Etablissements am schwarzen und azowschen Meere eine Beschränkung der Souveränetät Rußlands in sich schlössen, und der Friedenstraktat verkündet so im unbedingtesten und umfassendsten Sinne die Verwandlung dieser beiden Seebecken in Handelsmeere. Alle Häfen derselben werden zugänglich sein und Konsulate erhalten dürfen. Sebastopol wird nicht wieder erbaut werden, ebenso bleiben alle zerstörten russ. Forts längs des Kaukasus bis nach Batum hin im gegenwärtigen Zustande und dürfen nicht durch andere ersetzt werden. — Hiernach würde die Desarmirung jener russischen Küsten eine vollständige sein, und sich nicht nur auf die Marine-Etablissements, sondern auch auf die Festungen erstrecken. — Es soll dann bei Feststellung des fünften Punktes auch von der Zerstörung der russischen Festungen auf der Südseite des Kaukasus zwischen dem schwarzen und kaspischen Meere die Rede gewesen sein, da Rußland von ihnen aus unaufhörlich Persien und die asiatische Türkei bedrohe. Indessen bestritten die russischen Bevollmächtigten eine so weite Auslegung jenes Punktes, welcher nur die Regelung von Fragen vorbehalte, die das europäische Interesse beträfen. Jene Festungen seien Rußland zur Vertheidigung seines transkaukasischen Gebietes unentbehrlich. Hierin sei Rußland auch nachgegeben worden, doch habe man festgesetzt, daß die asiatische Grenze zwischen Rußland und der Türkei neu regulirt werden solle, und zwar ohne Benachtheiligung des einen oder des andern Theiles und nur zu dem Zwecke, um weitere gefahrbringende Diskussionen über diesen Punkt zwischen beiden Reichen vorweg zu beseitigen. Uebrigens werden die Russen Kars sofort räumen und innerhalb ihrer bisherigen Grenzen zurückgehen. — Ferner hat die Türkei Entschädigungsforderungen erhoben, welche sich auf die Kriegskosten und die wiederholte Okkupation der Donaufürstenthümer durch russische Truppen beziehen. (Es ist mehrfach erwähnt, daß die Russen bedeutende Summen für die von ihnen ausgeschriebenen Lieferungen schulden, und die Budgets der Moldau und Wallachei diese Posten seit lange als nicht flüssig zu machende aufführen.) Rußland hat, wie die Pforte geltend macht, diese Entschädigungsforderungen wiederholt als berechtigt anerkannt, aber nie sein Versprechen gehalten, ihnen nachzukommen. Die russischen Bevollmächtigten sollen dies geleugnet haben und hierüber keine Einigung erfolgt sein. Endlich hat bezüglich des fünften Punktes Rußland noch darein gewilligt, auf die Befestigung der Alandsinseln und die Errichtung irgend welcher militärischer Etablissements auf denselben zu verzichten, und damit jene umfassenden Projekte beseitigt, die man ihm nach den aufgefundenen Plänen in Betreff Bomarsunds zuschrieb. — Was die Donau-Fürstenthümer angeht, so scheine der Friedensantrag wenig mehr als die einfache Reproduktion des ersten Punktes der wiener Propositionen zu enthalten. Die Einzelnheiten seien einem Reglement vorbehalten, für das es weiterer Materialien bedarf.

Die Reform der bestehenden Gewerbe-Gesetzgebung

bildet auch in der gegenwärtigen Sitzung des Landtages den Gegenstand einer sehr großen Anzahl von Petitionen einzelner Handwerker-Innungen; sie beruhen auf dem angeblichen Verfalle und dem mehr und mehr um sich greifenden Nothstande des Handwerkerstandes und konzentriren sich in mehr oder weniger abweichender Weise auf drei Punkte: Wiedereinführung des Innungszwanges, Aenderungen in den Meisterprüfungen und Beschränkung des Magazinwesens, stimmen also im Wesentlichen mit den in den letztjährigen Kammersessionen von derselben Seite ausgegangenen Petitionen überein. Dieselben Gründe, welche den frühern Beschluß der zweiten Kammer hervorriefen, über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, haben die Kommission für Handel und Gewerbe zu einem gleichen, mit großer Stimmenmehrheit beschlossenen, Antrage bestimmt. Da sie indessen in Anerkennung der Wichtigkeit des Gegenstandes sich nicht dabei begnügt hat, auf die, wenn auch von ihr gebilligten, Gründe der früheren Kammerbeschlüsse zurückzugehen, sondern die Frage über die beantragte Reform der Gewerbe-Gesetzgebung einer eignen eingreifenden Erörterung unterworfen hat, so giebt uns der von ihr erstattete Bericht Veranlassung, in einigen Grundzügen die Motive des von der Kommission gefaßten Beschlusses mitzutheilen.

Die Beschwerde, welche die vorzüglichste Grundlage der Petitionen bildet, daß nämlich das durch die neue Gesetzgebnng etablirte Prinzip der Gewerbefreiheit eine Ueberfüllung des Handwerkerstandes herbeigeführt und durch vermehrte Konkurrenz dessen Erwerbs-Verhältnisse zerrüttet habe, hat ihre Bestätigung in den statistischen Gewerbe-Tabellen, welche bis zum Jahre 1822 zurückreichen, nicht gefunden. Seit dem gedachten Jahre bis zum Jahre 1852 ist zwar die Zahl der Meister gestiegen, jedoch

a) bei den Gewerben der Schmiede, Bäcker, Fleischer, Gerber und Zimmerleute in geringerem Maße als die Bevölkerung;
b) bei den Gewerben der Schneider, Schlosser, Stellmacher, Böttcher, Drechsler und Maurer nur in gleichem Maße als die Bevölkerung;
c) dagegen nur bei wenigen Gewerben, denen der Tischler, Schuhmacher und Riemer (mit Einschlusse der Sattler) in stärkerem Maße als die Bevölkerung.

Bei allen diesen Handwerkerklassen ist aber die Zahl der Gehilfen und Lehrlinge in noch stärkerem Verhältnisse als die Zahl der Meister gestiegen, ja bei einzelnen Gewerben, wie denen der Bäcker, Zimmerleute und Maurer, bis zur Verdoppelung. Faßt man sämmtliche in den Gewerbe-Tabellen aufgeführten Handwerker zusammen, so ergiebt die Vergleichung der Jahre 1849 und 1852

a) bei den Meistern eine Vermehrung von 100 auf 103,28, während die Bevölkerung von 100 auf 103,30 gestiegen ist;
b) bei den Gesellen und Lehrlingen eine Vermehrung von 100 auf 109,44.

Wenn nun aus diesen statistischen Notizen der Schluß zu ziehen ist, daß ungeachtet des durch die Regierung der Zahl der Gehilfen dokumentirten ausgedehnteren Betriebes der Gewerbe durch die Gewerbefreiheit eine unverhältnißmäßige Vermehrung der Zahl der Meister nicht herbeigeführt worden sei, so erscheint auch die weitere gegen den Eingriff der fabrikenmäßigen und durch Maschinenkraft bewirkten Herstellung verschiedener Handwerkerwaaren in die gewerbliche Thätigkeit des Handwerkerstandes als unberechtigt, theils weil jede solche Beschränkung das Ausscheiden des Staates aus dem Bildungsgange der Völker zur Folge haben würde, theils weil der Nachtheil, welchen die vermehrte Fabrikation auf manche Zweige des Handwerkbetriebes ausgeübt hat, reichlich durch große Erleichterungen aufgewogen wird, welche diesem Betriebe durch die Fabrikation z. B. bei der Beschaffung der Materialien für die Darstellung von Handwerks-Erzeugnissen, bei der Einführung neuer Formen und Betriebsmittel u. s. w. zugewendet wird, und die Erfahrung lehrt, daß da, wo irgend eine größere Industrie aufblüht, aus deren Bedürfnissen wieder eine Vermehrung der Erwerbs-Gelegenheit für zahlreiche Gewerbe hervorgeht.

Ist hiernach das Prinzip der Gewerbefreiheit an sich aufrecht zu erhalten, so ist ein Nutzen von der Rückkehr zu dem Zunftzwange nicht abzusehen. Denn in dem Sinne, daß die Zahl der Meisterstellen eine geschlossene, durch Zwangs- und Bannrechte geschützte sein solle, hat der Zunftzwang schon lange vor Einführung der Gewerbefreiheit nur die Ausnahme von der Regel zu Gunsten einzelner Gewerbe gebildet, und eine Rückkehr zu diesem Zustande erscheint als eine nicht zu stellende, in der That auch von den Bittstellern nicht durchgreifend gestellte Forderung. Die bloße Verpflichtung zum Beitritte zur Zunft aber wirkt weder der Vermehruug der Meister entgegen, noch bessert sie die Erwerbs-Verhältnisse, wie die statistischen Notizen über die Gewerbe-Verhältnisse in den Landestheilen (den ehemals sächsischen, den lausitzer und dem Regierungs-Bezirke Stralsund) ergeben, in denen der Zunftzwang bis zum Erscheinen der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 bestanden hat. Denn die Gewerbe-Tabellen von 1822 bis 1846 weisen nach, daß in diesen Bezirken weder in der Zahl der Meister zu der Bevölkerung noch in der Zahl der Gesellen zu den Meistern günstigere Verhältnisse im Vergleiche zu den angränzenden Bezirken, in denen die Gewerbefreiheit schon im Jahre 1810 eingeführt war, obgewaltet haben. Der Einführung des Zunftzwanges stehen aber auch sehr erhebliche Bedenken, insbesondere der Ausdehnung auf die von dem Sitze der Zunft entfernten, auf dem platten Lande wohnenden, Handwerker, ferner die Unausführbarkeit für gewisse Klassen der Handwerker, wie für die rheinische Fabrikation, die Weber in Schlesien, im Eichsfelde u. s. w. entgegen. Dasselbe gilt für die von den Petenten vorgeschlagenen Beschränkungen des Privaterwerbes: „Daß Niemand ein Nebengewerbe mit seinem Hauptgewerbe verbinden, eine Geschäfts-Assoziation zwischen Innungsgenossen und andern Personen untersagt, eine Zahl der zu haltenden Gesellen, so wie bestimmte Arbeits- und Verkaufspreise festgesetzt und der Verkauf anderer als selbstverfertigter Waaren untersagt werden solle", sowie andererseits durch die Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 die Erreichung der sozialen Zwecke des Innungsverbandes: Verhältniß zu den Gesellen und Lehrlingen, Bildung von Kranken-, Sterbe-, Hilfs- und Sparkassen und Fürsorge für Wittwen und Waisen in hinreichender Weise ermöglicht wird.

Dem zweiten in den Petitionen gestellten Antrage: „an die Stelle der Kreis-Prüfungskommissionen dergleichen für jeden Regierungs-Bezirk treten zu lassen, damit bei den Prüfungen ein möglichst gleiches Verfahren beobachtet werde" wird hauptsächlich entgegengehalten, daß diese Institution noch zu kurze Zeit bestehe, um zu Aenderungen zu schreiten und zu erwarten sei, daß es bei strenger Handhabung der Vorschriften des § 39 der Verordn. vom 9. Febr. 1849 und § 5 des Gesetzes vom 15. Mai 1854 gelingen werde, die verlangte Gleichmäßigkeit bei den Anforderungen zur Ablegung der Meisterprüfungen nach und nach immer mehr zu erreichen. Der Bericht geht nicht speziell au

die von den Petenten beantragte Beschränkung des Magazinwesens ein, und hebt in dieser Beziehung nur hervor, daß der von dem Zunftzwange gehoffte Schutz gegen die Errichtung von Magazinen auf einer Täuschung beruhe, weil er nur den Kaufmann nöthigen werde, der Zunft beizutreten.

Nur einer von mehreren Seiten beantragten Maßregel: „der Eröffnung von Handwerker-Kreditanstalten“ spricht der Bericht das Wort, indem er anerkennt, daß eine Bedrängniß des Handwerkerstandes, namentlich in den kleinen Städten, obwalte, und es dringend wünschenswerth sei, ihm die Mittel zu deren Bewältigung zu gewähren. In Betracht jedoch, daß es schwierig sei, mit bestimmten Vorschlägen hervorzutreten, durch wen und wie diese Banken zu errichten seien, und mit Rücksicht auf die Aeußerung des Regierungs-Kommissars, daß die Mittel für besondere Kreditanstalten und Banken für Handwerker schwer zu finden sein dürften, daß aber auch Institute der Art, welche sie gewähren könnten, in den zulässigen Sparkassen der Innungen, so wie in den städtischen und kreisständischen Sparkassen, deren Statuten auch Darlehne ohne Realsicherheit, wenn auch nur durch zahlungsfähige Bürgen gestatteten, bereits existirten, beschränkt sich der Beschluß der Kommission auf den Vorschlag: „der Staatsregierung anheimzugeben, in wie fern diejenigen Gemeinden und Kreise, welche im Besitze von Sparkassen sich befinden oder dahin gelangen, anzuregen seien, mit diesen Instituten die erforderlichen Einrichtungen zu verbinden, um der arbeitenden Klasse, namentlich dem Handwerker, Darlehne ohne Realsicherheit gegen Bürgschaft oder gegen sonstige Garantie zu gewähren.“

Der Inhalt dieses Berichts liefert einen neuen Beweis, daß die Rückkehr zu den früheren Zuständen der Gewerksverhältnisse eine Anforderung ist, welche die Gesetzgebung, selbst im Anerkenntnisse mancher aus der Gewerbefreiheit hervorgegangenen Uebelstände, von sich abweisen muß, weil der Entwickelungsgang, welchen diese Verhältnisse im Laufe des letzten halben Jahrhunderts genommen, eine solche Rückkehr nicht gestattet.

Preußen.

± **Berlin,** 8. April. [Die Verwendung des Kriegs-Anleihe-Restes.] Von den inneren Fragen, welche jetzt mehr und besonders in Folge von Verhandlungen auf dem Landtage in den Vordergrund treten, nimmt die, welche sich auf die Verwendung des Restes der Kriegs-Anleihe, wie sie genannt wird, bezieht, ein allgemeines Interesse in Anspruch. Der bis jetzt nicht verausgabte Theil der Anleihe beträgt ungefähr noch die Hälfte, also ca. 15 Millionen Thaler. Wie nun diese Summe auf eine angemessene Weise zu Zwecken des Staats verwendet werden soll, darüber giebt es die verschiedenartigsten Angaben und bereits ausgesprochenen Wünsche. Auf dieselben hier näher einzugehen, ist nicht der Zweck dieser Zeilen; es soll auf sie nur insofern Rücksicht genommen werden, daß die Behauptung, man gehe damit um, die übrig gebliebene Summe als ein Kapital für den Staat aufzuheben und dem Staatsschatze einzuverleiben, als eine solche bezeichnet wird, welche in das Gebiet nicht weit blickender Wünsche zu verweisen ist. Man darf vielmehr annehmen, daß das Gouvernement sich angelegen sein lassen wird, das Geld zu allgemeinen Staatszwecken zu verwenden, wobei besonders das volkswirthschaftliche Interesse ins Auge zu fassen sein würde. Es ist hierbei auf die Verhandlungen über Beschaffung der erforderlichen Summen für den drohenden Krieg zu verweisen, welche im Jahre 1853 stattfanden, und bei welchen der Vorschlag gemacht wurde, den Ausbruch des Krieges nicht abzuwarten, sondern unter möglichst günstigen Bedingungen Geld zu verschaffen. Von Seiten des Handelsministeriums wurde für den Bau von Staats-Eisenbahnen die Kreirung einer Anleihe von 30 und einigen Millionen in Anregung gebracht, welche für den Fall des Krieges nicht zu Eisenbahn-Zwecken, sondern für die Bedürfnisse der Mobilmachung und Kriegsbereitschaft verwendet werden sollte. Damals wurde der Antrag des Handelsministeriums zurückgewiesen, und in späterer Zeit die Kriegs-Anleihe kontrahirt. Ist auch bei Emittirung der Anleihe auf die Ueberlassung etwaniger nicht zur Verwendung gekommener Summen an das Handelsministerium zum Bau neuer Eisenbahnen nicht besonders Rücksicht genommen worden, so ist es wohl nicht zweifelhaft, daß die Wünsche, die disponibel gewordene Summe zur Anlage neuer Schienenwege verwenden zu können, von Neuem laut werden. Es ist in der That in keiner anderen Weise eine so bedeutende Summe vortheilhaft und erfolgreich zu plaziren, als in dem Baue von Eisenbahnen. Möglicher Weise ist noch ein Zins auf diesem Wege der Verwendung für die vorhandene Summe zu erzielen, abgesehen davon, daß die Anlage von Eisenbahnen dem Verkehr nützlich ist und die Wohlfahrt des Landes hebt. Bis jetzt haben über die Frage, in welcher Weise über den Rest der Anleihe verfügt werden soll, im Schooße des Gouvernements noch keine Verhandlungen stattgefunden. — Ueber den Schluß des Landtages stehen zur Zeit noch keine Bestimmungen fest, doch glaubt man, daß er noch vor Ende dieses Monats erfolgen wird. Wie es heißt, werden verschiedene Vorlagen, auch solche, die von der Regierung gemacht worden sind, bis zur nächsten Sitzung verschoben werden, und soll das Gouvernement bereits hierzu seine Zustimmung gegeben haben. — Nachrichten, welche hier an betreffender Stelle eingegangen sind, melden, daß die Königin von Griechenland in diesem Sommer eine Reise nach ihrer Heimath, nach Oldenburg machen werde, und soll bei dieser Gelegenheit die hohe Frau die Absicht haben, auch am hiesigen Hofe einen Besuch abzustatten. In Wien soll dieselbe bereits bestimmt Ihren Besuch zugesagt haben.

[Zur Tages-Chonik.] Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig wird bekanntlich am 25. d. Mts. die 25jährige Feier seines Regierungs-Antritts begehen. Wie wir hören, gedenken Se. Majestät der König und die königlichen Prinzen der Feier in Braunschweig beizuwohnen. — Der Lauf der jetzt in Paris noch schwebenden Verhandlungen scheint zu der Annahme zu berechtigen, daß diese in der Mitte dieses Monats ihre Erledigung erreichen werden, so daß also etwa gegen den 16. d. Mts. die Rückkehr des Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel zu erwarten sein möchte. — Der Vice-Gouverneur von Mainz, General-Lieutenant v. Bonin, hatte gestern Vormittag die Ehre, von Sr. Majestät dem Könige im Schlosse zu Charlottenburg empfangen zu werden und trat am Abend die Weiterreise nach Mainz an. — Für die Zeit der bevorstehenden Beurlaubung des Generals à la suite Sr. Majestät des Königs, General-Majors von Schöler, ist der Flügel-Adjutant Sr. Majestät des Königs, Oberst Frhr. v. Manteuffel, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs der Abtheilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegsministerium beauftragt. — Außer dem Regierungsrath v. Krosigk wird, wie wir hören, auch der Regierungsrath v. Schweinitz, bisher Hilfsarbeiter im Ministerium für Handel und Gewerbe, in das Ministerium des königl. Hauses berufen werden. (N. Pr. Z.)

— Der preuß. Bank sind für das bei dem memeler Brande abgebraunte Bankgebäude an Entschädigungsgeldern von der Versicherungs-Gesellschaft 9391 Thaler 7 Sgr. 6 Pf. gezahlt worden. Die Bankverwaltung hat nun die Grundstelle, weil sie für das Bedürfniß nicht den erforderlichen Raum gewährte, verkauft und für den Preis von 5040 Thaler ein anderes Grundstück zur Errichtung eines neuen Bankgebäudes erworben. — Der fürstbischöfliche Delegat und Propst bei St. Hedwig, Herr Pelldram, erläßt im hiesigen „Kirchl. Anz. für Katholiken“ eine Erklärung gegen ein in letzter Zeit bei dem Buchdrucker J. C. Huber in Charlottenburg erschienenes Pamphlet, das den Titel trägt: „Maria, die jungfräuliche Mutter Jesu.“ Der ungenannte Verfasser, der sich als Katholik bezeichnet, habe sich darin die Aufgabe gestellt, die der heiligen Jungfrau Maria gebührende Verehrung in seiner Weise zu begründen und durch eine Reihe von Deklamationen der Toleranz in Religionssachen das Wort zu reden, es enthalte jedoch neben wenigen Wahrheiten eine große Anzahl unkatholischer Lehren und konfuser Anschauungen.

[Die Armenpflege. -- Verbindlichkeit der Fabrikbesitzer.] In Bezug auf den Antrag des Barons von Senfft wegen der den Fabrikbesitzern zu übertragenden Armenpflege-Verbindlichkeiten gaben die Kommissarien des Handelsministeriums in der betreffenden Kommission des Herrenhauses folgende Erklärung:

„Die Regierung verkenne nicht, daß in Folge von Fabrik- und sonstigen Unternehmungen unter Umständen eine starke Belastung von einzelnen Armenverbänden und beziehungsweise von einzelnen Grundbesitzern eintreten könne. Es komme jedoch in Frage, ob zur Verhütung solcher Fälle Maßnahmen in Vorschlag gebracht werden könnten, welche nicht der Besorgniß Raum gäben, daß sie noch größere Uebelstände als diejenigen, gegen welche sie gerichtet wären, zur Folge hätten. Bei den stattgefundenen Berathungen habe sich die große Schwierigkeit der Auffindung von solchen zur Ausführung geeigneten Maßnahmen herausgestellt. Es sei daher mindestens sehr zweifelhaft, ob auch eine nochmalige Erwägung dieses Gegenstandes seitens der Regierung zum Ziele führen würde. Einen bestimmten Erfolg könne wenigstens die Regierung nicht in Aussicht stellen.“

Die Kommission hat hierauf folgenden Antrag gestellt: Das Herrenhaus wolle beschließen:

„Die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht im legislativen Wege die Besitzer von Eisenbahnen, Fabriken, Manufaktur- und Unternehmungen für Bergbau und andere Gewerbe angehalten werden können, mehr für die Erleichterung der Armenverbände in Betreff der Armenpflege der von ihnen beschäftigten Arbeiter und deren Familien zu leisten, als die bis jetzt bestehenden Gesetze vorschreiben.“

[Anträge, die Geschäftsordnung betreffend.] Der Abgeordnete v. Keller, unterstützt von 18 andern Mitgliedern der rechten Seite des Abgeordnetenhauses, hat folgende bemerkenswerthe Anträge zur Geschäftsordnung gestellt:

„Sofortige Zulassung zum Worte können nur diejenigen Mitglieder verlangen, welche über die Verweisung zur Geschäftsordnung reden wollen.

Zu persönlichen Bemerkungen darf erst nach erledigter Tagesordnung, vor Verkündung der nächsten Tagesordnung, das Wort verstattet werden.

Faktische Bemerkungen sind unzulässig.“

„Die Mitglieder sprechen von ihren Plätzen. — Die Rede wird an den Präsidenten gerichtet. — Den Abgeordneten ist das Vorlesen schriftlich abgefaßter Reden nur dann gestattet, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. — Es ist wider die Ordnung, Persönlichkeiten in die Berathung zu mischen, oder die Absichten der Gegner zu verdächtigen, oder überhaupt seine Meinungen in einer Weise zu äußern, welche mehr geeignet ist, die Leidenschaften zu erregen, als die vorliegende Frage aufzuklären.“

Uebergangs-Bestimmung.

Bis die nöthigen Veränderungen im Saale ausgeführt sind, darf von der Tribüne gesprochen werden.

Gründe.

Die Wünschbarkeit leichterer Betheiligung bei der Debatte und mehrerer Natürlichkeit und Sachlichkeit der letzteren, sowie besserer Vermeidung leidenschaftlicher Erregung und kräftigeren Einschreitens gegen Störungen des wahren Zweckes aller Diskussion.

Barmen, 5. April. [Königliches Geschenk.] Gestern traf der Oberpräsident von Kleist-Retzow hier ein, um im Auftrage Seiner Majestät dessen Bronze-Büste zu übergeben, welche der König der Stadt, in Anerkennung ihrer guten Haltung im Mai 1849, verliehen.

Deutschland.

München, 5. April. [Preußens Beispiel.] Das Beispiel, welches die preußische Regierung mit ihrem neuen Bankreglement gegeben, um den Grundbesitzern die Aufnahme von Kapitalien insbesondere innerhalb gewisser mit dem Ernte-Ertrage in Verbindung stehender Termine zu verschaffen, veranlaßte drei unserer Kammmerdeputirten, Anträge zu stellen, welche ein ähnliches Ziel im Auge haben. Ohne auf die Einzelnheiten einzugehen, ist zu erwähnen, daß bei der Gleichartigkeit des Gegenstandes dieser Anträge im Ausschusse folgende, sämmtliche Punkte umfassende Bitte an den Thron vorgeschlagen ist:

„Se. Majestät der König wolle den Kammern wo möglich noch im Laufe des gegenwärtigen Landtags einen Gesetzesvorschlag vorlegen lassen, wodurch unter Abänderung der einschlägigen Bestimmungen des Bankgesetzes vom 1. Juli 1834 der baierischen Hypotheken- und Wechsel-Bank die Ermächtigung ertheilt werde, Banknoten im bestimmten weiteren Betrage über die bereits zugestandenen 8 Millionen und bei hinreichend festzustellender Deckung auszugeben, wogegen die Bank die Verpflichtung zu übernehmen hätte, einen weitern bestimmten Betrag unter den bisherigen Verzinsungs- und Rückzahlungs-Modalitäten auf Hypotheken im Inlande auszuleihen und diesen Bestand im vollen Betrage zu erhalten; sodann nach Erschöpfung dieser Summe den Realkredit noch weiter vermittelst Ausgabe von Pfandbriefen zu unterstützen.“

Findet diese Petition Eingang, so würde das Bedürfniß der modernen Kreditanstalten, wenn sie überhaupt ein Bedürfniß sind, sich als völlig illusorisches erweisen. Schon hat zweien jener Projekte die Regierung die Genehmigung versagt, und es ist sehr die Frage, ob die guten Fürther oder Schweinfurter, die demungeachtet mit gleichen Plänchen an das Tageslicht klettern, einen Vorzug erringen sollten. Es wird wohl nicht mit Unrecht daran gezweifelt. (N. Pr. Z.)

Oesterreich.

γ **Wien,** 7. April. Zu der gestrigen Feier des Einzuges der Bischöfe und des in der St. Stephansdomkirche durch den Kardinal Viale Prela abgehaltenen solennen Hochamtes haben wir noch nachzutragen, daß sämmtliche Bischöfe auf Grund der Satzungen des tridentinischen Conciliums ein Glaubensbekenntniß ablegen und dasselbe vor dem Hochaltare eidlich bekräftigen mußten. Die Eröffnungssitzung dauerte nur kurze Zeit; die eigentlichen Sitzungen haben erst heute begonnen. Von Seiten des Unterrichts- und Kultusministers Grafen Thun sollen acht Vorlagen gemacht werden, worunter das Ehegesetz, die Regelung des Schul- und Patronatswesens, die Verwaltung des Religionsfonds, die Ausmittelung der Ersätze für die den Episcopaten, Klöstern und Pfarreien durch die Grundentlastung zugegangene Schmälerung der Einkünfte, und die Gerichtsbarkeit über geistliche Personen sich befinden sollen. — Die Klagen über das Gebahren der österr. Kreditanstalt finden einen immer größeren Nachklang. Heute erhebt auch die „Presse“ ihre Stimme und macht keinen unpassenden Vergleich zwischen der österr. und französischen Kreditanstalt, zwischen der Gleichgiltigkeit des Verwaltungsraths der Ersteren gegenüber ihren Aktionären, und dem Bestreben der Franzosen, ihre Aktionäre von allen Creditoperationen in fortwährender Kenntniß zu erhalten. — Die Beschränkungen des berliner Börsenverkehres haben heute zwar auf der Börse einen nicht zu verkennenden Eindruck gemacht. Doch hielt derselbe nicht an, sondern es trat bald eine größere Festigkeit und Ruhe ein. Auch dürften wirklich durch jene Beschränkungen nur jene Börsen, die auf den berliner Markt angewiesen sind, betroffen werden. Auf die wiener Börse hatte der berliner Markt immer nur einen sekundären Einfluß, indem sich Wien weit weniger nach dem Course von Berlin, als Berlin nach dem Course von Wien richtet. Die Wirkung der Verbote und Beschränkungen dort wäre hier gewiß auf ein Minimum reduzirt geblieben, wenn nicht andere Umstände eine allgemeine Baisse für Industriepapiere herbeigeführt hätten.

♯ Der Saal, in welchem die bischöflichen Konferenzen gehalten werden, ist einfach und elegant in modernem Geschmacke dekorirt; reiche Tapeten bedecken die Wände, weiße und rothe Vorhänge schmücken die Fenster. Der auf die Bischofsgasse herausgehenden Fensterreihe gegenüber steht eine lange, mit grünem Tuche bedeckte Tafel in Hufeisenform; 66 Sitze für die Bischöfe und ihre Stellvertreter stehen zu beiden Seiten der Tafel. Es sind einfache Sessel von Rohrgeflecht, nur der Präsidentenstuhl zeichnet sich aus; das Holzwerk ist hübsch geschnitzt, weiß und mit Gold verziert und mit gestreiftem Sammet gepolstert. Zu beiden Seiten des Präsidentenstuhles stehen zwei Sitze mit breiten Rücklehnen, aber ebenfalls von Rohrgeflecht. Ueber dem Präsidentenstuhl hängt ein Bild von Kuppelwieser, welches der hochwürdige Cardinal Fürsterzbischof eigens zu dieser Gelegenheit malen ließ. Diesem Bilde gegenüber ist an einem Fensterpfeiler das Porträt Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef angebracht. Vor diesem Pfeiler steht ein Tisch für die Protokollführer. Morgen wird wieder eine Gesammtsitzung der Bischöfe stattfinden. Ueberhaupt sollen wöchentlich drei Gesammtsitzungen stattfinden; an den andern drei Tage versammeln sich die Ausschüsse. Ueber die Verhandlungen selbst wird das strengste Geheimniß gewahrt werden.

Rußland.

Petersburg, 31. März. Die gestern Abend eingegangene Depesche des Grafen Orloff, welche die Unterzeichnung des Friedens-Vertrages meldet, wurde heute in den weitern Kreisen der Bevölkerung durch Extrablätter aller Zeitungen bekannt. Die Befriedigung war allgemein, gab jedoch zu keiner Kundgebung Veranlassung; die Freude war mehr eine in sich gesammelte als expansive. Das Publikum im Allgemeinen scheint sich mehr zu dem Aufhören der Feindseligkeiten, als zu dem Friedensschlusse Glück zu wünschen; dies bezeichnet eine Nuance, die keinen einfachen logischen Widerspruch in sich schließt. Auf den Straßen, in den Kaffeehäusern und an den öffentlichen Orten herrscht eine lebhafte Bewegung. Es heißt, daß der Kaiser heute Abend dem großen Konzert der Invaliden beiwohnen wird; es würde ihn dann von Seiten des Publikums ein begeisterter Empfang erwarten. Uebermorgen wird in der Kapelle des Winter-Palastes und in den Hauptkirchen der Stadt ein Tedeum, heute eine Heerschau über 70,000 Mann abgehalten werden.

Helsingfors, 28. März. Die Anwesenheit des Kaisers, der von seinen drei Brüdern begleitet wurde, gab Anlaß zu einer Reihe von Audienzen, Gastmählern, Bällen, Fackelzügen, Illuminationen, Paraden und Kirchgängen; der Kaiser besuchte die öffentlichen Gebäude und Anstalten u. s. w. Hervorzuheben ist, daß die studirende Jugend der hiesigen Alexander-Universität dem Kaiser am 23. einen Fackelzug brachte, bei welchem, außer einem ziemlich mittelmäßigen, eigens zu diesem Zwecke gedichteten schwedischen Gesange noch das treffliche Lied: Vart land (Unser Land) und das Nationallied gesungen wurde. Am Tage darauf (24.) brachten die Studirenden dem Kaiser wiederum ihre Huldigung durch Gesang dar, worauf der Kaiser in schwedischer Sprache mit den Worten: Jeg tackar herrerna (Ich danke den Herren) erwiederte. Der Kaiser reiste am 25. gegen Mittag mit den Großfürsten Nikolaus und Michael nach Abo ab, wo er am 26. ankam. Großfürst Constantin aber ging gestern von hier direkt nach Petersburg ab. Der Kaiser hat in Folge seines hiesigen Aufenthalts viele Ordensverleihungen und andere Auszeichnungen vorgenommen. Gestern Morgen hatten wir noch 20 Grad Kälte, gestern Abend 9 Grad.

C. B. Von der russisch-preußischen Grenze schreibt man uns am 5. April: Als in den russischen Nachbarstädtchen die Nachricht von hier aus bekannt geworden sei, daß man dem Kriege definitiv ein Ende gemacht habe, war der Jubel so außerordentlich, weil die Leute sich vorstellten, sie würden alles erstattet erhalten, was man ihnen als Opfer des Krieges auferlegt hatte. Besonders glauben sie, sie würden ihre Pferde zurück erhalten. Alles lief an die Kreiskassen und präsentirte die Requisitionsbons, aber bis jetzt machen die Beamten noch keine Miene, die Quittungen einzulösen. Es kommt jetzt die Zeit der Feldarbeit immer näher heran, allein Niemand weiß, woher Vieh zum Ackern nehmen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß nicht 10 pCt. der erforderlichen Pferde und Ochsen, so weit hier unsere Kenntniß vom Nachbarlande reicht, vorhanden sind. Humoristische Beamte beruhigen manchmal die Leute, indem sie ihnen vorreden, der Kaiser habe sich so viel Pferde von den Türken ausbedungen, als er in ganz Rußland brauche.

Frankreich.

Paris, 6. April. Das „Pays“ widmet der letzten Sitzung der Akademie und der Rede des Herzogs von Broglie einen längeren und für das Institut selbst höchst beunruhigenden Artikel. Es findet, daß de St. Aulaire, der sich bei allen Ereignissen von den Konsulaten bis zur Revolution von 1848 betheiligte, genug Stoff zu politischen Anspielungen und schlecht verdeckten Angriffen darbieten konnte, welche die Taktik der französischen Akademie definitiv geworden seien. Die Rede des Herrn v. Broglie, meint das „Pays“, war ganz einfach eine eben so lange als glänzende Rehabilitation der Fronde und des Systems, das die Monarchie von 1830 gründete und das ein Hauch des Volkes über den Haufen warf. Das „Pays“ will es Herrn v. Broglie nicht verübeln, daß er seinen politischen Meinungen treu geblieben ist; es verlangt von Niemandem, selbst nicht von den höchsten Intelligenzen, daß sie die großen Thaten des neuen Regime und dessen Ueberlegenheit über die anderen Regimes anerkennen. Es erwartet, daß die Geschichte, von den Leidenschaften der Zeitgenossen befreit, demselben Gerechtigkeit widerfahren lasse. Was jedoch dem „Pays“ nicht gefällt, ist, daß die Akademie darauf besteht, die große Tradition zu verlassen, die aus dem Institute den Mittelpunkt der Wissenschaften und Künste gemacht hat, um auf den treulosen Boden der Politik herabzusteigen.

Gestern fand in Paris für 1856 die erste Jahresversammlung der geographischen Gesellschaft statt. Senator Lefebvre-Duruflé eröffnete dieselbe mit einer Rede, worin er zeigte, wie gerade die Erdkunde in unserem Zeitalter der Aufmerksamkeit und der Aufmunterung würdig sei. Hierauf las Jomard den Bericht über den jährlich zu ertheilenden Preis für die wichtigste Entdeckung. Dieser wurde dem Deutschen Dr. Heinrich Barth für dessen Reise nach Timbuktu zuerkannt, während G. Squier in den Vereinigten Staaten für seine central-amerikanischen Untersuchungen die große Medaille erhielt. Unter den Mittheilungen, welche der Versammlung gemacht wurden, erregte ein an Herrn A. Demersey von Montevideo eingegangener Brief Bonplands Aufsehen. Der Nestor französischer Reisender schreibt von den Arbeiten, deren Leitung ihm anvertraut worden, und nach deren Beendigung er seine alte Wohnung in der Rue du Mont Thabor in Paris wieder zu beziehen gedenke, doch nur, um seine botanischen und

mineralogischen Sammlungen und Manuskripte dem Museum zu übergeben, und dann auf seine Plantage in Uruguay zurück zu kehren. Bonpland ist jetzt 83 Jahre alt, und schon der Plan, noch eine Reise nach Europa zu unternehmen, zeugt in solchem Alter gewiß von großem Muthe.

Spanien.

Nach der madrider „Epoca" vom 1. April haben fast alle biscayischen Gemeinderäthe ihre Entlassung eingereicht, um sich nicht mit dem Verkaufe der National-Güter befassen zu müssen. Die Regierung hat diese Abdankungen nicht angenommen und den Gemeinderäthen die im Gesetze vorgesehene Geldbuße auferlegt. Die Provinzen Guipuzcoa und Alava sind bis jetzt dem Beispiele Biscaya's nicht gefolgt. — Demselben Journale zufolge wollten die demokratischen Deputirten zwei Amendements zum Finanz-System der reinen Progressisten einreichen. Sie verlangen den stufenweisen Abzug von den Gehältern der Beamten über 2000 Realen und die Einkommensteuer.

Eine Depesche aus Madrid vom 5. April lautet: „Die Kortes setzen die Berathung des Finanzplanes fort: 25 Artikel dieses Entwurfes sind bereits genehmigt. — Die Nachricht des Journals „Espana" von der Rückkehr des Marschalls Narvaez nach Spanien ist nicht richtig.

Australien.

Französische Blätter enthalten Nachrichten von den Sandwich-Inseln bis zum 1. Februar. Der König befaßte sich durchaus nicht mit Politik. Desto mehr dagegen jagte, fischte und boxte er mit dem berüchtigten Yankee Sullivan, der noch immer unzertrennlich von ihm ist. Der Kanzler der französischen Gesandtschaft, Hr. Landais, ist an Bord eines französischen Wallfischfängers nach Frankreich gebracht worden. Er hatte den bevollmächtigten Minister auf öffentlicher Straße mißhandelt, und dieser ließ ihn mit Gewalt einschiffen, nachdem er ihn bis zur Abfahrt eines Fahrzeuges hatte einsperren lassen.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 9. April. [Zur Tages-Chronik.] Vorgestern hat das Sommersemester an der hiesigen Universität mit der Immatrikulation der neu eintretenden Studirenden begonnen. Nach beendigter Immatrikulation, welche bis zum 14. d. M. dauern soll, werden auch die meisten, zum Theil schon angekündigten Vorlesungen ihren Anfang nehmen. — Für die Studenten-Bibliothek ist die Anstellung eines Kustos und zweier Stellvertreter nöthig, und haben Bewerber ihre desfallsigen Gesuche beim Sekretariat einzureichen. — Der evangel. Leseverein eröffnet wieder ein Abonnement, und sind die Studirenden zu lebhafter Betheiligung an diesem Journal-Cirkel eingeladen. Die jüdischen Studirenden aus Breslau und den Städten Schlesiens, welche zum Verein beitragen, werden zur Konkurrenz um erledigte Stipendien aufgefordert, und haben ihre Gesuche nebst Zeugnissen an den Vorsteher Herrn Dr. Davidsohn hierselbst zu richten.

Bei dem nunmehr erfolgten Schluß des Winter-Unterrichts-Kursus für Lehrlinge im israelitischen Handlungsdiener-Institut wurden die Censuren vertheilt, und die fleißigsten Zöglinge mit Prämien bedacht. Der Unterricht erstreckte sich in 2 Abtheiluugen bei vier Stunden wöchentlich von 8—10 Uhr Abends auf Rechnen, Sprache, Styl, Geographie, Geschichte und Kalligraphie, von den Lehrern Holländer, Bloch und Stübler. Von 65 Lehrlingen, die sich früher gemeldet hatten, gingen 15 im Laufe des Semesters ab, so daß am Schlusse noch 50 verblieben. Möchte das Institut in immer weiteren Kreisen diejenige Beachtung und Theilnahme finden, welches es nach seinen Leistungen wohlverdient.

Auf dem Karlsplatze und der Siebenraden-Mühlenbrücke bis zum Riembergshofe ist man gegenwärtig mit Legung der neuen Wasser-Leitungsröhren beschäftigt. Das Pflaster ist deshalb stellenweise beseitigt, und die Fahrpassage für einige Zeit aufgehoben.

* **Breslau,** 9. April. [Fünfzigjähriges Amtsjubiläum.] Eine der Musik-Notabilitäten unsrer Stadt begeht am nächsten Montage ihr fünfzigjähriges Amtsjubiläum; es ist dies der Kantor der Elisabet-Pfarrkirche, Herr Pohsner.

* **Breslau,** 9. April. Die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode wird unter Vorsitz des Herrn Stadtgerichtsdirektor Pratsch in der Zeit vom 17. bis 30. April abgehalten werden. — Zur Verhandlung kommen 44 Sachen; darunter eine Anklage wegen Kindesmord gegen die unverehel. Pioch (am 23. April) und eine Anklage wegen Mord und Raub gegen den Tagearbeiter Fingas (am 26. April).

w. **Neumarkt,** 5. April. Leider mehrt sich auch in unserer Gegend die Zahl der Feuersbrünste in Besorgniß erregender Weise, denn nachdem kaum in Panzkau zwei Stellen und die Mühle abgebrannt, äscherte gestern Abend eine Feuersbrunst fast sämmtliche Gebäude der Erbscholtisei und der Bauergüter zu Nieder-Mois ein, wobei viel Getreide, 130 Schafe und 8 Schweine ein Raub der Flammen wurden. Verdacht der Brandstiftung ruht auf Landstreichern, welchen Nachtquartier versagt worden sein soll, und ist wohl nicht zu zweifeln, daß ein großer Theil der jetzt wieder so häufigen Feuersbrünste demselben Grunde ihre Entstehung verdanken mag. Eine höchst betrübende Erscheinung gewährt hierbei das häufige monatelange Herumschweifen der Kinder, von welchen kürzlich in hiesigem Kreise mehrere aus entfernteren Gegenden angehalten wurden, welche schon längere Zeit ihre Heimath verlassen hatten, vom Betteln lebend, und in den Ställen der Bauern nächtigend. Wird diesem Uebelstande nicht bald in energischer Weise entgegen getreten, so sind die schlimmsten Folgen für die Zukunft zu befürchten. — Zur Besetzung des bei der evangelischen Kirche erledigten Amtes des Pastor sec. haben die Probe-Predigten bereits begonnen, und werden abwechselnd mit den Diöcesan-Geistlichen fortgesetzt werden. Zur gleichzeitigen Besetzung des katholischen Pfarr-Amtes hat die katholische Gemeinde eine Besprechung gehalten, um dem Patron, dem Magistrat, welcher kein katholisches Mitglied zählt, etwaige Wünsche über Besetzung dieses wichtigen Amtes zu erkennen zu geben. — Für die hiesige Arbeitsschule ist kürzlich eine Lehrerin für Strohflechterei engagirt worden, um diesen lohnenden Industrie-Zweig hier einzuführen. — Nächsten Sonntag den 13. April findet zum Besten der Arbeitsschule im Baum'schen Saale eine Theater-Vorstellung nebst Darstellung lebender Bilder statt, welche, des guten Zweckes wegen hoffentlich sich eines recht zahlreichen Zuspruches um so mehr erfreuen dürfte, als dem Publikum gleichzeitig ein genußreicher Abend geboten wird.

✉ **Liegnitz,** 8. April. [Philomathie. — Bellachini. — Vermischtes.] In der Philomathie hielt Herr Schröter, Direktor des Taubstummen-Instituts, zum Besten des Frauenvereins am 31. März eine Vorlesung, betreffend die Geschichte des Taubstummenunterrichts. Gestern Abend schloß Herr Professor Scheibel den Cyclus dieser Vorträge, indem er in umfassender Weise von der attischen Komödie und insbesondere von den Fröschen des Aristophanes ein anschauliches Bild entwarf. — Die Erwartungen, welche der Prestigiateur Bellachini hier erregte, hat er nicht nur befriedigt, sondern wohl übertroffen. Vorzüglich ist besonders sein Mundharmonikaspiel. — Das vielfach verbreitete Gerücht, als würde Liegnitz den Musikdirektor Bilse und seine Kapelle verlieren, ist leider nur allzu begründet. Bis nächsten Sonntag muß sich Herr Bilse entscheiden. Bei irgend einer Voraussicht, daß er sich durch Beihilfe der Kommune hier eine sorgenfreiere Zukunft verschaffen könnte, würde der geschätzte Künstler dennoch hier sein Domicil auch ferner belassen. — Eine Zierde des hiesigen Ringes ist jetzt das Haus Nr. 165 geworden. Der jetzige Besitzer, Herr Markus Lewin, dessen Modewaaren-Handlung und Putzgeschäft hier schon eine lange Reihe von Jahren existirt und dessen Firma sich durch Solidität, Zuverläßigkeit und Achtbarkeit einen ehrenvollen Ruf erworben, hat durch hiesige Baumeister, Techniker und Handwerker das Gebäude in einem eleganten Stil herstellen lassen. Heute ist der neue Laden eröffnet worden, der an feinem Geschmack, Geräumigkeit und Eleganz wohl wenige seinesgleichen hier aufzuweisen hat. Er ist 90 Fuß tief und sind die darin aufgestellten Schränke ꝛc. von hiesigen Meistern mit Architraven, Bekrönungs- und Bandgesims kunstvoll verziert. Die Ausschmückung und Einrichtung des innern Waarenlagers entspricht ganz dem schönen Aeußern. — Wahrscheinlich wird uns ein seit langer Zeit hier nicht vorgekommenes Schauspiel zu Theil werden. Auf Antrag des Herrn Grafen Hermann v. Schmettow bei dem liegnitzer landwirthschaftlichen Verein soll das von dem oberauer Rennverein abzuhaltende Pferderennen mit dem hiesigen Thierschaufeste vereinigt werden. Es soll sich auch der Verein durch Aussetzung von Geldpreisen für ein Bauernrennen betheiligen. Herr Landstallmeister Frhr. v. Knobelsdorf unterstützte den Antrag als die Pferdezucht fördernd, indem er zugleich den geräumigen Haag hierselbst zum Rennen ganz geeignet erachtete. Die Versammlung stimmte dem bei und der Vorstand wurde ermächtigt, einen den Verhältnissen angemessenen Preis auszusetzen und die näheren Modalitäten zu verabreden. — Die Umfassungsmauer um das neu zu errichtende Inquisitoriats-Gebäude vor dem Goldberger-Thor nimmt mit jedem Tage an Umfang zu, auch die andern Arbeiten an der Stelle, wo der Grund des Gebäudes sich befindet, schreiten rüstig vor. Die Thätigkeit der dort beschäftigten Arbeitenden gleicht der eines beweglichen Ameisenhaufens. — Auf dem Kohlmarkt wird von Seiten der Stadtkommune die Pflasterung jetzt vorgenommen. Es war dies ein dringendes Bedürfniß.

β. **Freistadt, N.-Schl.,** 8. April. Morgen werden die gestern begonnenen öffentlichen Prüfungen der hiesigen evangelischen Stadt-Schule beendigt. — Die schon seit geraumer Zeit in Verfall gerathene städtische Ziegelei, welche den Bedürfnissen des bauenden Publikums so wenig als sich selber Rechnung zu tragen vermochte, ist bereits eingerissen, um von neuem wo möglich günstiger situirt zu werden. Ob indeß die Verpachtng derselben nicht gewinnbringender sein dürfte, als ein erfahrungsmäßig mannigfach erschwerter Selbstbetrieb, ist eine Frage, die in der That die gründlichste Erwägung nothwendig macht. Inzwischen haben mehrere Industrielle, um dem äußerst fühlbaren Mangel an derartigen Baumaterialien hier und in der Umgegend abzuhelfen, eine neue Ziegelei projectirt, der wir im Interesse der Gesammtheit das Glück wünschen wollen, welches ihr die lokalen Verhältnisse zu versprechen scheinen.

*** **Glogau,** 8. April. [Grundsteinlegung. — Konzert und Theater.] In dem 3 Meilen von hier entfernten Raudten fand am 2. d. die feierliche Grundsteinlegung zu einem evangelischen Schulhause statt. Der Bürgermeister Kothe verlas die Urkunden, die im Grundsteine verschlossen wurden, und es erfolgten durch die Behörden, Lehrer und Deputirten die üblichen 3 Hammerschläge, worauf mit dem Verse „Sprich Ja zu meinen Thaten" und mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den König, die Feier würdig beschlossen wurde, die auf die zahlreiche Versammlung einen sichtlich erhebenden Eindruck gemacht hat. — Die hiesige Theaterangelegenheit hat in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ihr Ende gefunden. Der Magistratsdeputirte theilte der Versammlung mit, daß der Magistrat Herrn Keller aufgefordert hätte, sich wegen den künftigen Wintervorstellungen, und wegen eines Inserats in der Leipziger Zeitung — in welchem er anzeigt, daß er 8 Monate in Posen, 2 in Bromberg und 2 Monate in Görlitz spielen würde — zu erklären. Die Erklärung wäre gestern seitens des Herrn Keller eingegangen, wonach er im Winter im Febr. und März hier Vorstellungen geben würde, und daß in jenem Inserate ein Druckfehler stattgefunden hätte, indem es nicht Görlitz 2 Monate, sondern Glogau heißen solle. Gegen den ersteren Theil jener Erklärung protestirte die Versammlung einstimmig, als aber der Magistratsdeputirte erklärte, daß in dem Kellerschen Kontrakte der Passus enthalten wäre: „in den 6 Wintermonaten muß der ꝛc. Keller 2 Monate lang hier Vorstellungen geben", ließ die Vers. ihren Protest einstweilen fallen. — Wenn gleich dieser Theaterstreit für jetzt beendet ist, so bleibt es für den Theaterdirektor eine schwierige Aufgabe, in einem Orte Vorstellungen geben zu müssen, in welchem der größte Theil der Einwohner und besonders das Stadtverordnetenkollegium ihm entschieden nicht günstig gestimmt sind. — Gestern Abend gegen 7 Uhr entlud sich über unsere Stadt ein heftiges Gewitter.

§§ **Schweidnitz,** 8. April. [Nekrolog.] Die Lehrstunden am hiesigen Gymnasium haben nach dem neuen Schulplan vom 7. Januar d. J. am 1. d. M. begonnen. Gestern hat plötzlich und ganz unerwartet die Anstalt einen herben Verlust erlitten. Der Ober-Lehrer Türkheim wurde gestern Früh auf dem Wege von seiner Wohnung nach dem Gymnasium von einem Lungenschlage befallen und starb nach wenigen Stunden. Im Jahre 1830 als erster College an die Anstalt berufen, in welcher Stellung er 1845 den Titel „Ober-Lehrer" erhielt, hat er 26 Jahre hindurch vornehmlich den mathematischen und naturgeschichtlichen Unterricht ertheilt. Am 4. Oktober v. J. feierte er das Jubiläum seiner 25jährigen Wirksamkeit am Gymnasium, wobei ihm von Seiten des Gymnasial-Kollegiums und der Stadt-Kommune, als Patron des Gymnasiums, sinnige Zeichen der Anerkennung zu Theil wurden. Im Jahre 1836 begründete er den hiesigen Gewerbe-Verein, der bis in die neueste Zeit unter seiner Leitung stand, die er dann jüngeren Kräften überließ, ferner wurde durch seine Anregung das Bürgerrettungs-Institut in's Leben gerufen, dessen Wohlthat seit einer langen Reihe von Jahren mancher unverschuldet in Armuth gerathene Bürger dankend empfunden hat. Durch seine Lehrthätigkeit wurde eine nicht kleine Zahl von Schülern für das Studium der Mathematik gewonnen. In schriftstellerischer Beziehung hat er sich durch eine Schrift über die Dezimalbrüche und durch einige den Schulprogrammen beigegebene Abhandlungen aus dem Gebiet der Mathematik und Physik bekannt gemacht.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Dieser Tage feierte die hiesige Freimaurerloge „zur gekrönten Schlange" ihr Stiftungsfest. Die Lokale waren zum erstenmale mit Gas erleuchtet. — Unser Herr Archidiakonus Haupt hat sich in Folge Aufforderung hoher Personen nach Berlin begeben, um dort im engeren Kreise Vorträge über die Musik der alten Hebräer zu halten, wobei er von sehr bedeutenden musikalischen Kräften unterstützt werden wird. — Wie der hiesige Anzeiger berichtet, sind 3 nützliche Zwecke zu gleicher Zeit verfolgt worden, nämlich die Abtragung des großen Erdhaufens an der Schlesischen Eisenbahn, kurz vor dem Viadukt, die Verwendung dieses Materials zur Ausfüllung des Kohlteiches und die Beschäftigung vieler armen Arbeiter hierbei während der arbeitlosen Winterzeit. Der Kohlteich war ziemlich der letzte Rest der vielen Sümpfe und Teiche, welche Görlitz früher umgaben, insbesondere auch an der südlichen Seite. Der größte Theil ward schon vor Jahrhunderten meist in Folge von Stiftungen für diese Zwecke ausgefüllt. Es bleibt nur noch der duftige Pulverteich.

† Glogau. Mit der am 15. April zu Klopschen abzuhaltenden Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins wird eine Schaf- und Wollschau sowie ein Probepflügen verbunden werden. Folgende Fragen werden zur Diskussion kommen: 1) Auf welche Weise ist dem Mangel an Arbeitern abzuhelfen? 2) Welche Erfahrungen sind über den Milzbrand, die Blutstaupe bei Schafen gemacht, und welches sind die sichersten Vorbeugungs- und Heilmittel? 3) Welche Mittel gewähren erfahrungsmäßig Hilfe gegen Egelkrankheit, Lungenwürmer und Brustwassersucht bei Schafen? 4) Welcher Anstrich gewährt für Holzwerk ꝛc. den besten Nutzen? 5) Welche Dauer-Heu-Bereitung von Lupinen sind versucht und zu welchem Resultat gediehen? — Donnerstag den 10. April ist das letzte Winter-Abonnements-Konzert, die Sommer-Abonnements-Konzerte werden an jedem Mittwoch im Goldammerschen Garten stattfinden.

△ Liegnitz. Der Verein zur Verhütung der Bettelei hatte im zweiten Halbjahre 1855 eine Einnahme von 1782 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf., dagegen eine Ausgabe von 1207 Thlr., wonach ein Bestand von 575 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf. blieb. — In der letzten Stadtverordneten-Sitzung ist ein fernerweiter Zuschuß von 190 Thlr. Einrichtungskosten der Speiseanstalt bewilligt.

\# Hirschberg. In dem Jahresberichte der hiesigen Handelskammer wird wiederholt ausgesprochen, daß die Eisenbahn durch das hirschberger Thal eine Lebensfrage ist; daß sie als solche auch von den Bewohnern erkannt worden, davon hat die bei dem großen Mangel an Kapitalisten sehr bedeutende Summe von Aktienzeichnungen Litt. B einen unumstößlichen Beweis geliefert.

⊙ Reichenbach. Seitens der ökonomisch-patriotischen Societät der Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer ist dem Knecht Hübel (dienend bei dem Gutsbesitzer und Gerichtsscholzen Scholz zu Girlachsdorf) wegen seiner 35jährigen treuen Dienste eine Prämie von 10 Thlr. ertheilt worden.

≏ Gleiwitz. Die königl. Regierung hat mit Rücksicht auf die, wegen der im hiesigen und im beuthener Kreise ausgebrochenen, jetzt aber bereits erloschenen, Rindviehseuche, zu erwartenden Bonifikations-Ansprüche, eine Ausschreibung der Beiträge nach den Societäts-Thaler-Erträgen des Katasters pro 1855/56 mit einem Pfennig pro Thaler für nothwendig erachtet und die Einziehung und resp. Abführung der betreffenden Beträge mit der Steuer pro April an die Kreissteuerkasse angeordnet.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen.

Die Nr. 82 des „Pr. St.-A." bringt

1) den Erlaß vom 4. April d. J., betreffend die den Verkehr mit Effekten beschränkenden Bestimmungen an der Börse (s. Nr. 161 d. Z. Mittagbl.);

2) die Cirk.-Verfügung vom 30. März d. J., betreffend die Vorschriften über die Befähigung zu den technischen Aemtern der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung vom 3. März d. J.

Die Nr. 83 bringt

1) eine Verfügung vom 2. April d. J., worin der Hr. Handelsminister die königl. Ober-Post-Verwaltungen zur gutachtlichen Aeußerung darüber auffordert, ob es im Interesse des Verkehrs sich empfehlen und ohne Gefahr für die Aufrechthaltung geregelter Beförderungs-Gelegenheiten in allen Theilen des Staats, so wie ohne unverhältnißmäßigen Nachtheil für die Staats-Einnahmen zuläßig sein dürfte, auch die Beschränkungen, welchen der Personen-Transport durch Privat-Fuhrgelegenheiten nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Postwesen vom 5. Juni 1852 unterliegt, insoweit diese Beschränkungen nicht den Wechsel der Transportmittel berühren, ganz oder theilweise zu beseitigen";

2) eine Bekanntmachung vom 3. April 1856 — betreffend die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr von Pferden über die Zollgrenze gegen das Zollvereins-Ausland und über die Grenzen gegen das Königreich Hannover, das Herzogthum Braunschweig und das Großherzogthum Luxemburg;

3) den Erlaß vom 19. Januar d. J., betreffend die Diätensätze für die bei Landes-Meliorationen beschäftigten Feldmesser und deren Gehilfen;

4) die Verfügung vom 23. Januar d. J., betreffend die Diäten der Protokollführer in Auseinandersetzungssachen bei auswärtigen Geschäften.

Die Nr. 84 des Pr. St.-Anz. bringt:

1) Den allerhöchsten Erlaß vom 10. März d. J., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Trabor nach Strotzbüsch.

2) Die Verfügung vom 25. März d. J., betreffend das Bestellgeld für Zeitungen nach Landgemeinden.

3) Die Bekanntmachung vom 4. April d. J., betreffend die Bestätigung der Statuten der „Dortmunder Bergbau- und Hütten-Gesellschaft."

4) Den Erlaß vom 5. April d. J., betreffend die Aufhebung der gegen die Ausfuhr aus russischen Häfen erlassenen Verbote, so wie die Aufhebung der gegen diese Häfen angeordneten Blokade.

5) Eine allgemeine Verfügung vom 2. April d. J., betreffend das Verfahren der Gerichte bei Kompetenz-Konflikten.

Das 14. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 4372 den allerhöchsten Erlaß vom 12. Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Gorczyn an der Landsberg-Posener Staats-Chaussee über Birnbaum und Zirke nach Wronke; unter

Nr. 4373 den allerhöchsten Erlaß vom 20. Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Inden, im Kreise Jülich, nach Weisweiler, im Kreise Düren; unter

Nr. 4374 den allerhöchsten Erlaß vom 25. Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Treis, im Kreise Cochem durch das Flaumbachsthal bis zur mörsdorfer Straße; unter

Nr. 4375 den allerhöchsten Erlaß vom 5. März 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen von Schlochau nach Jakobsdorf, von Pr. Friedland nach Neustettin und von Hammerstein bis zur conitz-bütower Staats-Straße; unter

Nr. 4376 den allerhöchsten Erlaß vom 10. März 1855, betreffend eine Abänderung des Statuts der Meliorations-Sozietät der boker Haide, vom 24. Juli 1850; unter

Nr. 4377 den allerhöchsten Erlaß vom 19. März 1856, betreffend die Ausführung der Bestimmungen in Bezug auf die Disziplinar-Untersuchung gegen preußische, in den luxemburgischen Zolldienst übernommene Beamte; unter

Nr. 4378 das Gesetz wegen Herabsetzung der Taravergütung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken. Vom 31. März 1856; und unter

Nr. 4379 die Verordnung wegen Herabsetzung der Taravergütung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken. Vom 31. März 1856.

— Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält eine Bekanntmachung des Justizministers vom 25. v. M., wodurch die Gerichtsbeamten in Kenntniß gesetzt werden, daß die Feuerversicherungs-Gesellschaft „Colonia" in Köln von dem Betrage der Versicherungsprämien, welche im Jahre 1855 von den bei ihr versicherten Justizbeamten eingegangen sind wiederum wie im vorigen Jahre die Summe von 600 Thlrn. der Justiz-Offizianten-Wittwenkasse überwiesen hat; ferner eine allgemeine Verfügung vom 2. d. M., welche diejenigen formellen Vorschriften zusammenstellt, welche die Gerichtsbehörden zu beachten haben, wenn in einem Prozesse der Kompetenzkonflikt erhoben wird.

= Die Prüfung der, insbesondere in neuerer Zeit den königl. Ministerien in großer Zahl vorgelegten, Statuten von Aktien-Gesellschaften hat Veranlassung gegeben, einige von den allgemeinen Grundsätzen, welche hierbei unter den Ressort-Ministerien vereinbart und häufiger zur Anwendung gebracht sind, zusammenzustellen.

Der Herr Minister für Handel ꝛc. hat die betreffende Zusammenstellung in diesen Tagen den sämmtlichen Bezirks-Regierungen zur Kenntnißnahme zugehen lassen.

Gerichtliche Entscheidungen, und Verwaltungs-Nachrichten ꝛc.

P. C. In Bezug auf das Gesetz wegen des Zeitungsstempels hat das königliche Ober-Tribunal angenommen, daß der zu entrichtende Stempelbetrag gleich beim Anfang des betreffenden Quartals gezahlt werden müsse und die Unterlassung der rechtzeitigen Zahlung die Stempelstrafe nach sich ziehe, auch wenn eine Absicht zu defraudiren nicht nachgewiesen sei.

— Interessant sind die criminalistischen Tabellen über England und Wales, die gestern veröffentlicht worden sind, und auf deren Erscheinen ein großes deutsches Blatt als etwas Haarsträubendes schon vor Wochen aufmerksam gemacht hat. Es ist in diesen statistischen Tabellen nun allerdings von einer moralischen Hebung der untern Volksklassen im Lande leider wenig zu verspüren, aber haarsträubend sind diese Ausweise im Vergleich mit den letzten Jahren durchaus nicht. Es ergiebt sich daraus folgendes: Während die Bevölkerung sich in 10 Jahren um 12½ pCt., in jedem dieser zehn Jahre um 1,081 pCt. vermehrte, haben in demselben Verhältnisse die Verbrechen in 10 Jahren um 1,2, in jedem dieser Jahre um 0,111 pCt. weniger zugenommen. Mit anderen Worten: wenn sich die Bevölkerung in 58,5 Jahren verdoppeln sollte, würde die Zahl der Verbrechen sich nicht in derselben Zeit, sondern erst in 64,6 Jahren verdoppeln. Die Differenz ist unbedeutend, aber sie beweist doch immer, daß die Verbrechen nicht zugenommen haben. Traurig dagegen ist es zu sehen, wie wenig Fortschritte die Erziehung der untern Volksklassen in England seit 1841 bis 1850 gemacht hat und wie verwahrloset in dieser Beziehung die abgeurtheilten Verbrecher jüngeren Alters sind. Von allen, die während des genannten Zeitraumes vor die Assisen kamen, hatten, was die Erwachsenen betrifft, 90,31 pCt., und von den Jüngern 96,27 pCt. fast gar keinen Schulunterricht genossen. Beide zusammengefaßt, hatten 90,99 pCt. wenig oder gar keinen Schul-Unterricht gekannt; 8,62 pCt. konnten lesen und schreiben und 0,36 pCt. der Verbrecher gehörten den wohlerzogenen Klassen an. Diese letzten Daten sollten füglich für die Durchführung eines neuen durchgreifenden Planes zum allgemeinen Schulunterricht mehr als die besten Parlamentsreden wirken.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Wie ist es möglich, die durch den Frost verheerten Rapsfelder noch so zu bewirthschaften, daß sowohl der Ausfall im Rapsertrage bedeutend vermindert, als auch die Felder der Gesammt-Oekonomie nicht verloren gehen? Bei genauer Betrachtung ergiebt sich, daß die Rapsfelder in diesem Jahre nicht zur Hälfte mit gesunden Pflanzen bestanden sind, und es muß

also einen großen Theil der Landwirthe, welche ihr eigenes, so wie das gesammtökonomische Interesse im Auge habe, die ernste Frage beschäftigen: **sollen wir unsern Raps umackern, oder auf gut Glück stehen lassen? — sollen wir dies bald thun oder noch abwarten?** 2c. Bei diesen Fragen bleibt man aber einerseits zu häufig so lange stehen bis die Saat sich breitet und die kahlen Stellen dem Auge nicht mehr begegnen, so daß man meint: es ist doch wohl schade; vielleicht wird aus der Ersatzfrucht auch nicht viel — ich werde stehen lassen; andererseits, bis es, ob wohl kein anderer Rath bleibt als umzupflügen und eine Ersatzfrucht zu bauen, doch zu einem vortheilhaften Verfahren dieser Art zu spät ist. Denn es tritt dem Landwirth hierbei ein Hauptübelstand in den Weg. Ackert man nämlich den Raps um, so hat man selbst mit mehreren Furchen Mühe, ihn entsprechend zu vertilgen, da alle gesunde Stöckchen und Wurzeln, welche in der Erde bleiben, wieder ausschlagen und sogar verhältnißmäßig größere Stauden bilden. Man erhält also eine nicht im Bestellungsplan liegende große Arbeit, zur Zeit wo deren ohnehin genug ist, und zudem plündert man den wohlgedüngten Rapsacker der Art aus, daß man die beabsichtigte Fruchtfolge künftig nicht innehalten kann. Aber selbst wenn man den Sommer-Raps als Ersatzfrucht wählt, wie es meist geschieht, hat man dennoch eine mißlungene Ernte, denn die Winterpflanzen machen sich geltend, verdämpfen und unterdrücken die um sie stehende Sommersaat und reifen bedeutend eher. — Will man nun den Wintersaamen oder den Sommersaamen ernten?

Läßt man den Raps stehen, so hat man bei so unregelmäßigem Bestande nicht nur eine mühsame und wenig lohnende Ernte, sondern auch dann noch ein verwildertes Ackerstück. Um aber allen diesen Uebelständen und dem Verluste des guten und gut zubereiteten Ackerstückes für den Besitzer und die Gesammt-Oekonomie zu entgehen, erlaube ich mir auf folgendes Verfahren aufmerksam zu machen:

Man nehme, sobald das Rapsfeld trocken ist und die Vegetation beginnt, eine entsprechende Anzahl Arbeiter (Frauen und selbst Kinder) und beraufe an der trockensten Seite des Feldes eine Anzahl von Beeten oder Kämmchen. Die ausgerauften Pflanzen lege man geordnet in Körbe 2c. Nachdem man einige Beete von allen Pflanzen, namentlich aber den größeren befreit hat, fährt man am Rande mit dem Pfluge ein. Hinter dem Pfluge legt man nun in der Art, wie man es bei dem Kartoffellegen zu thun pflegt, die Pflanzen an die Wand der Pflugfurche, aber so, daß sie von dem hinterherkommenden Pfluge bis an die Köpfe beschüttet werden. Wenn einzelne Pflanzen etwas zu sehr verschüttet würden, so hilft eine Person, welche hinter dem zweiten Pfluge hergeht, mit den Händen oder einem Stöckchen dem Uebel ab. Man kann nur zwei Pflüge folgen lassen, ehe man wieder Pflanzen einlegt, je nachdem man ein Freund von dünner oder starker Saat ist, oder etwa ein späteres Behäufeln noch im Sinne hat. Eben so kann man die alten Beete beibehalten, oder, was ich der Jahreszeit und der Sache angemessener halte, mehr Beete zusammenfahren. War der Raps gedrillt, so handele man ohne Rücksicht auf die Kämmchen. Es kommt im Frühjahr auf ihr Vorhandensein in den meisten Fällen nicht mehr an.

In dieser Art verfahre man bis das Feld auf der einen Seite vollständig bepflanzt und auf der andern leer ist. Den nun auf solche Weise leergewordenen Theil bestelle man, wenn möglich gleich hinterher, oder doch nach Umständen später, mit Sommer-Raps oder Rübs. Derselbe wird einen ganz guten Ertrag geben und den Boden zeitig genug, auch in gutem Zustande verlassen, so, daß die gewöhnlich beabsichtigte Winterweizensaat folgen kann.

Liegt das Rapsfeld zum Theil naß, so wähle man zur Bepflanzung den trocknen Theil, und hüte sich den andern Theil im nassen Zustande zu bestellen. Ueberhaupt übereile man sich ja nicht mit diesem Verfahren, es kommt gar nicht darauf an, wenn auch die Vegetation schon etwas vorgeschritten ist, nur müssen die Pflanzen nicht etwa erst welk und trocken werden. Meist werden die verpflanzten Stauden größer, als die am Mutterplatze bleibenden, so wie auch die Taschen und Körner kräftiger.

Die Arbeit ist durchaus nicht so bedeutend als es scheint. Der Lohn aber für den Besitzer und der Nutzen für die Gesammt-Interessen ein bedeutender.

Wilhelm Schiller.

[Verloosungen.] Die diesjährige Verloosung der zu amortisirenden 4½- und 5pCt. Prioritäts-Obligationen der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft findet am 24. April d. J. in Erfurt statt.

Berlin, 8. April. An unserer Börse herrschte auch heute eine vollständige Geschäftslosigkeit, da das Privatpublikum in dem Gefühle der Unsicherheit mit allen Kaufs- und Verkaufsaufträgen zurückhält und offenbar erst den Eindruck, unter dem im Augenblicke die Börse steht, verschmerzt sehen will, um sich mit neuer Freudigkeit am Geschäfte zu betheiligen. Es sind die Papiere heute nicht selten, in welchen überhaupt kein Umsatz stattfand, wo wir also blos Brief oder Geld zu notiren haben, ohne daß daraus die Schlußfolgerung zu ziehen wäre, es habe eine besondere lebhafte Nachfrage oder ein starkes Angebot stattgefunden. Unter den Eisenbahaktien treten Köln-Mindener vortheilhaft in den Vordergrund, während die benachbarten Rheinischen eine Coursbesserung heute nicht aufzuweisen haben, und eher rückgängig zu notiren sind. Belebt war heute das Geschäft in Berbachern, die in Folge der Nachricht, daß die gestrige Generalversammlung die Dividende definitiv auf 9 % festgestellt und außer dem gewöhnlichen Beitrag zum Reservefonds noch 15,000 fl. extra demselben überwiesen habe, zu 162½ eröffneten, in Folge starker Gewinn-Realisirungen aber, da offenbar Viele behufs des Verkaufs auf diesen nunmehr eingetretenen Moment warteten, sich bis auf 161¼ drückten und dazu eher noch übrig blieben. Entschieden flau waren die leichteren Eisenbahnaktien, — wir meinen namentlich Mecklenburger, die von 55½ bis auf 55 fielen, Nordbahn, die zu 62 offerirt blieben. Franzosen erholten sich schnell von dem Drucke, den die letzten Tage auf sie ausgeübt haben und blieben heute am Schlusse wiederum zu 173 gesucht. Die Bankaktien weisen durchweg wenig Veränderungen auf. Matter waren die Disk.-Komm.-Anth., die von 119 bis auf 118½ herabgehandelt wurden; eben so Braunschweiger, welche über 145½ nicht zu placiren waren. Dagegen erhält sich die vortheilhafte Meinung für die weimarschen Bank-Akt. fortgesetzt; dieselben hoben sich im Laufe des Geschäfts bis auf 126¾ und blieben gesucht. Auch österreichische Kredit-Bank-Aktien weisen heute bereits wieder die alten hohen Course auf und eröffneten sofort mit 163, um bei lebhaften Umsatz mit 165 zu schließen. Vollgezahlte Dessauer, die von 105 auf 104¼ gedrückt worden waren, schlossen entschieden begehrt zu 105½. Die österreichischen Fonds waren im Ganzen matter, und nur höchstens die 1854er Loose etwas mehr begehrt. Von den russischen Effekten waren Schatz-Obligationen ein ganzes % niedriger als gestern, blieben aber zu der herabgesetzten Notiz gesucht. Dagegen waren polnische Bankbillets abermals sehr gesucht und wurden mit 93½ bezahlt. Minerva-Aktien wurden zu 99 gesucht, Oppeln-Tarnowitzer von 112¾—112¼ gehandelt.

---

† **Breslau**, 9. April. Die Börse war heute in fester Haltung und einige Aktien wurden etwas besser bezahlt, namentlich Freiburger beider Emissionen, dagegen Mecklenburger und Nordbahn billiger offerirt. Minerva von 100—101 bezahlt, wozu Geld blieb. Das Geschäft war nicht sehr umfangreich. Fonds unverändert.

⚭ [Produktenmarkt.] In Folge von auswärts eingegangenen höheren Notirungen war der heutige Getreidemarkt sehr fest und die Forderungen für Weizen und Roggen um mehrere Silbergroschen höher, wodurch Umsätze verhindert wurden. Gute Gerste war auch heute begehrt, eben so Hafer zur Saat.

Bester weißer **Weizen** 130 - 135—140 Sgr., guter 120—115—120 Sgr., mittler und ordin. 90—95—100—105 Sgr., bester gelber 120—125—128 bis 134 Sgr, guter 105—110—115 Sgr., mittler und ord. 80—85—90—95 bis 100 Sgr., Brennerweizen 60—70—75 Sgr. nach Qual. und Gewicht. — **Roggen** 86pfd. 94—96 Sgr., 85pfd. 92—93 Sgr., 83pfd. 90—91 Sgr., 82pfd. 84—86 Sgr. nach Qual. — **Gerste** 65—70—75 Sgr., Mahlgerste bis 77 Sgr. — **Hafer** 37—40—43 Sgr. — **Erbsen** 105—110—115 Sgr. — **Mais** 66—68—70—73 Sgr. — **Hirse** 3⅔—⅚—4—4¼ Thlr. Saatgetreide wird über höchste Notizen bezahlt.

Oelsaaten ohne Geschäft und Preise unverändert. Für besten **Winterraps** würde 138—140 Sgr. zu bedingen sein, **Sommerraps** und **Sommerrübsen** 100—110—115—120 Sgr.

In **Rüböl** wenig Handel; loco und pr. Frühjahr 17⅔ Thlr. Br., pr. Herbst 14 Thlr. Br.

Spiritus fester, loco 12⅙ Thlr. bezahlt.

Von **Kleesaaten** kam auch heute nur wenig zu Markte. Der Begehr für rothe Saat war sehr gut und mußte über Notiz bezahlt werden. Weiße Saat war heute weniger beachtet.

Hochfeine rothe Saat 19½—20½ Thlr., feine u. feinmittle 18—19 Thlr., mittle 16¼—17—17¾ Thlr., ord. 14—16 Thlr., hochfeine weiße Saat 28½ bis 29—29½ Thlr., feine 27—27½—28 Thlr., feinmittle 25½—26—26½ Thlr., mittle 24—24½—25 Thlr., ord. 20—21—23 Thlr. Thymothee 5½ bis 6½ Thlr pr. Ctr. nach Qualität.

An der Börse war das Schlußgeschäft in Roggen und Spiritus bei erhöhten Forderungen nicht bedeutend. — Roggen pr. April 71½ Thlr. Br., April-Mai 70 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 70 Thlr. Br., 69 Thlr. Gld., Juni-Juli 67 Thlr. Br., Juli-August 64—63½ Thlr. bez. Hafer 32½ Thlr. Br. Spiritus loco 12 Thlr. Gld., April-Mai 12⅙ Thlr. Gld., Mai-Juni 12⅓ Thlr. bezahlt, Juni-Juli 12½ Thlr. bezahlt und Gld., Juli-Aug. 12⅔ Thlr. Gld., August-September 12¾ Thlr. Gld.

L. **Breslau**, 9. April. Zink fest, 500 Centner loco Ufer zu 7 Thlr 6 Sgr., 1000 Centner W. H. zu 7 Thlr. 8 Sgr. begeben. In Hamburg sind gestern mehrere Tausend Centner zu 15 ℳ loco gehandelt. In London zuletzt 50 Tons ab Hull zu 23 £ 7. 6. verkauft.

Wasserstand.

Breslau, 9. April. Oberpegel: 15 F. 7 Z. Unterpegel: 4 F. 1 Z.

Eisenbahn-Zeitung.

[Eisenbahnen.] Für die 491,340 preußische Meilen Eisenbahn, welche bis Ende 1853 im Betriebe standen, waren im Ganzen 729 betriebsfähige Lokomotiven vorhanden, d. i. pro Meile circa 1,5 Lokomotiven.

Von den 729 Lokomotiven der preußischen Eisenbahnen hatte die k. Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn mit 82 Stück (bis Ende 1853) die meisten Neisse-Brieg mit 4 Lokomotiven die wenigsten.

Die meisten Lokomotiven pro Meile Bahnlänge haben in Preußen Düsseldorf-Elberfeld mit 3,1 Lokomotiven pro Meile und Magdeburg-Leipzig mit 2,4 pro Meile, die wenigsten Neisse-Brieg mit 0,69 Lokomotiven pro Meile und die Niederschlesische Zweigbahn mit 0,74 pro Meile.

Die gesammte Leistungsfähigkeit aller preußischen Lokomotiven pro 1853 berechnet sich auf 140,750 Pferdekräfte, und es ergiebt sich ein Durchschnittswerth von 286 Pferdekräften pro Meile Bahnlänge. Für die einzelnen Bahnen variirt die Zahl der Pferdekräfte pro Meile Bahn zwischen 573 und 93.

Die 729 Lokomotiven der preußischen Eisenbahnen sind im Ganzen von 18 Fabrikanten gefertigt, von denen

9	auf	Preußen	mit zusammen	476	Lokomotiven.
1	„	Baden	„ „	34	„
4	„	England	„ „	153	„
3	„	Belgien	„ „	55	„
1	„	Amerika	„ „	11	„

kommen.

Darnach sind 476 innerhalb des Königreichs Preußens, 253 außerhalb gefertigt. Die große Mehrzahl dieser außerhalb gefertigten Lokomotiven fällt in die früheren Jahre.

Unter den einzelnen Fabrikanten steht Borsig vor Allen mit 414 Lokomotiven obenan. Er lieferte also mehr als die Hälfte der sämmtlichen auf preußischen Bahnen vorhandenen Lokomotiven. Ihm folgen Stephenson in Newcastle mit 76, Sharp in Manchester mit 64, Cockerill in Seraing mit 46, Wöhlert in Berlin und Keßler in Karlsruhe mit je 34 Lokomotiven. 4 Fabrikanten lieferten jeder nur 1 Lokomotive.

Von 1838 ab ist die jährliche Beschaffung bis zu 1847 fast ohne Unterbrechung gewachsen und hat in diesem letzteren Jahre die bedeutende Zahl von 106 Lokomotiven erreicht. Freilich wurden in diesem Jahre auch circa 60 Meilen neuer Eisenbahnen eröffnet. Demnächst fällt von 1847 bis 1849 die jährliche Beschaffung wieder auf 24 Lokomotiven herunter, steigt dann aber wieder bis 1853, wo sie die Zahl von 1847 mit 105 neuen Lokomotiven fast ganz wieder erreicht, trotzdem nur gegen 30 Meilen neuer Eisenbahnen in diesem Jahre eröffnet sind.

Mit einer Beilage.